

Bürgerschaftswahl 2018

Wahlprogramm

Wem gehört die Stadt?!



Inhalt

Wem gehört die Stadt?.....	2
DIE LINKE. in Lübeck.....	2
1. WOHNEN	3
1.1. Sozialer Wohnungsbau und Barrierefreiheit	3
1.2. Stadtteilentwicklung	4
1.3. Naherholung und Ökologie	4
1.4. Bürgerservice und Stadtteilhäuser	4
2.) KINDER UND FAMILIE	5
2.1. Frühkindliche Bildung.....	5
2.2. Schule	6
2.3. Familie.....	6
2.4. Alleinerziehende.....	6
2.5. Pflege	7
3.) MOBILITÄT	8
3.1. Infrastruktur.....	8
3.2. Stadtverkehr.....	8
3.3. Nahverkehr	9
4. TEILHABE.....	9
4.1. Soziale Teilhabe.....	9
4.2. Sozialpass	10
4.3. Demokratische Teilhabe.....	10
4.4. Kulturelle Teilhabe	11
4.5. Gleichstellung.....	11
4.6. Barrierefreiheit.....	12
4.7. Digitalisierung	12
5.) LEBEN – WIRTSCHAFT - TOURISMUS	13
5.1. Leben in der Altstadt	14
5.2. Leben in Travemünde	14
6.) INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG	14
6.1. Finanzierung	15
7.) HOLT EUCH DIE STADT ZURÜCK!.....	15

Wem gehört die Stadt?

Am 06. Mai 2018 sind alle Lübecker*innen dazu aufgerufen, die nächste Bürgerschaft der Hansestadt zu wählen. Ziel unserer Partei ist es, mit einer starken Fraktion als soziale Stimme der Stadt in die Bürgerschaft einzuziehen. Als Verbündete aller Menschen, Vereine, Verbände und Initiativen, die sich der h einer sozialen und solidarischen Stadt verschrieben haben.

DIE LINKE. Lübeck stellt die soziale Frage: "Wem gehört die Stadt?" - in die wirklich gelebten Bereiche aller Einwohner*innen hinein. Nach unserer Überzeugung gehört die Stadt allen Menschen, die in ihr leben: Von den Wohnsitzlosen bis zum Multimillionär, vom Kleinkind bis zum Senioren - und zwar zu gleichen Teilen!

Dementsprechend ist für uns LINKE in Lübeck klar, dass wir mit Priorität für Teilhabe, Solidarität, Mobilität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen streiten. Dies bedeutet für uns konkret, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in unserer Stadt Zugang zu sowohl privater als auch öffentlicher Versorgung und sozialer Infrastruktur haben: Von den bezahlbaren eigenen vier Wänden bis zum Nachbarschaftsbüro, in dem das soziale und kulturelle Leben des Stadtteils stattfindet. Von einer sanktionsfreien Mindestsicherung bis zur den Lebensstandard sichernden und armutsfesten Rente. Von der flexiblen Kita über die Ganztagschule bis zur kommunal unterstützten Ausbildung. Von Naherholung im Stadtteil zum gut ausgebauten Fuß- und Radweg. Vom staufreien Autoverkehr bis zum bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV. Unabhängig von Religion, Herkunft, Alter oder Verdienst müssen alle Menschen dieser Stadt dieselben Möglichkeiten zur sozialen, demokratischen und kulturellen Teilhabe und Mobilität sowie zur Mitgestaltung Lübecks in allen Lebensbereichen haben - sowohl in Fragen des eigenen Stadtteils als auch bei politischen Entscheidungen, welche die Zukunft aller Lübecker*innen bestimmen.

Gemeinsam wollen wir den scheinbaren Widerspruch auflösen zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und den Einwohner*innen auf der anderen Seite. Wir wollen "Stadt" weiterdenken und dem puren Verwalten eine solidarische Gestaltung entgegensetzen. Wir wollen eine barrierefreie Stadt - egal ob die Barrieren kultureller, sozialer, technischer oder körperlicher Natur sind. Lübecks Stärke soll in Zukunft die Vielfalt seiner Menschen und ihre Teilhabe an allen Bereichen des Zusammenlebens sein.

Dafür wollen wir gemeinsam kämpfen!

DIE LINKE. in Lübeck

Die zuverlässig sozialistische Alternative - DIE LINKE gründete sich 2007 mit dem Ziel, eine zuverlässige sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien zu bieten. Dabei stehen wir wie keine andere Partei in unserem Land für einen sozialen Wandel und für eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen auf Bildung, Teilhabe und Mitgestaltung haben.

Für ein solidarisches Miteinander - Wir stehen für ein friedliches, solidarisches, gerechtes, inklusives und vielfältiges Miteinander in Würde und ohne Angst. DIE LINKE. Lübeck setzt auf mehr Bürgernähe und auf den Dialog mit allen in Lübeck lebenden Menschen. Wichtige uns alle betreffende Anliegen müssen gemeinsam diskutiert werden, um so die besten Ideen zum Wohle unserer Stadt zu erörtern und umzusetzen.

Eine Grundversorgung ohne Profitgedanken schaffen - Privatisierungen in der Grundversorgung, also beispielsweise von Gas-, Wasser-, und Elektrizität, der Müllabfuhr und der Abwasserbeseitigung, aber auch der Bildungs- und Kultureinrichtungen, von Krankenhäusern, Alten-, oder Pflegeheimen lehnen wir strikt ab. Wir wollen keinen Sozialabbau, keine "Zusammenlegungen" und keine Schließungen. Unser Ziel ist die Rekommunalisierung der Grundversorgung, das heißt Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, genauso wie die Versorgung der Lübecker*innen mit Gas, Wasser, Strom und ÖPNV sowie die Abfallentsorgung gehören zu 100% in kommunale Hand!

Machen statt reden - Als drittstärkste Lübecker Partei mit über 200 Mitgliedern können wir zu Recht stolz sein auf das, was wir als Partei und Fraktion auf der Straße, in Initiativen und in der Bürgerschaft bisher erreicht haben. DIE LINKE. Lübeck wird auch in Zukunft an das bereits Erreichte anknüpfen. Ob als Taktgeber für die anderen Parteien, denen wir mit unseren Anträgen in der Bürgerschaft die Bedürfnisse der Lübecker*innen verdeutlicht haben, oder als Antragsteller, deren Antrag direkt zur erfolgreichen Abstimmung gekommen ist. Wir bleiben dran! Neben der politischen Arbeit in der Fraktion und der Bürgerschaft bieten wir auch als Partei vielerlei Möglichkeiten zur Mitwirkung. DIE LINKE. Lübeck unterstützt und organisiert die Gründung von Stadtteilgruppen in möglichst allen Stadtteilen Lübecks. Sie dienen als Veranstaltungsorte, Treffpunkt für die dort lebenden Menschen und geben die Möglichkeit zur Information und zur gemeinsamen Vernetzung. Wir sind aktiv in Projekten wie dem Stadtgärtnern und dem Urban Gardening, bieten ein Erwerbslosenfrühstück mit dem Angebot einer Sozialberatung an und sind Organisator des seit 2015 stattfindenden Frauencafes „Druschba“, das mittlerweile zum wichtigen Anlaufpunkt geflüchteter Frauen in Lübeck gewor-

den ist. Außerdem bieten wir in regelmäßigen Abständen Ausstellungen in unseren Büroräumen an, um Kultur für alle (an)fassbar zu machen.

Kommunale Politik Hand in Hand mit den Einwohner*innen Lübecks - Kommunalpolitik bedeutet Mitgestaltung. Wir wollen die Kommunalpolitik wieder zu dem Teil der Politik machen, in dem sich alle Lübecker*innen aktiv, einzeln oder in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Parteien an einen Tisch setzen und fair miteinander diskutieren können. Wir übernehmen Verantwortung für eine gemeinsame Gestaltung unserer Stadt – sozial gerecht, barrierefrei, bürger-nah und transparent.

1. WOHNEN

Aus unserer inneren Überzeugung heraus gehört die Stadt allen Menschen, die in ihr leben – und zwar zu gleichen Teilen. Stadt beginnt in den eigenen vier Wänden und ist alles, was die Wohnung umgibt. Deshalb ist es uns LINKEN wichtigstes Anliegen, eine eigene Wohnung und die Sicherung dieses Lebensraums als Grundrecht zu verstehen. Dazu gehört auch die Unversehrtheit der Privatsphäre. Weder dürfen Ämter damit drohen, durch Kürzung von Sozialleistungen Mietverhältnisse in Gefahr zu bringen, noch darf ein Bewohnen der Wohnung im Winter durch Strom- und Gassperren unmöglich gemacht werden. Wir wenden uns aktiv gegen den Aufkauf günstigen Wohnraums durch Wohnungsbaufirmen. Scheinsanierung von Wohnblöcken darf nicht dazu führen, dass die Miete über die zulässigen Höchstsätze für Menschen, die auf Grundsicherung, Hartz IV oder andere Sozialleistungen angewiesen sind, steigt und Mieter*innen aus ihren langjährigen Wohnungen verdrängt werden. Eine Stadt, die sich als solidarisch versteht und den Menschen gehört, muss dafür Sorge tragen, dass eine ausreichende Anzahl an günstigen Wohnungen vorhanden ist. Stadtentwicklung darf sich nicht auf Luxusprojekte beschränken. Erst wenn eine Stadt dafür Sorge trägt, dass Menschen keine Angst vor Verlust ihrer Wohnung haben müssen, sind Teilhabe, Mobilität und Solidarität überhaupt möglich.

1.1. Sozialer Wohnungsbau und Barrierefreiheit

Lübeck belegt im Wohnungsbau im bundesweiten Städteranking den letzten Platz. Politik und Verwaltung müssen eingestehen, dass es in Lübeck eine Wohnungskrise gibt. Damit einhergehen muss die Erkenntnis, dass diese Krise hausgemacht ist. Seit mehr als fünf Jahren fordert DIE LINKE in der Bürgerschaft Sofortmaßnahmen, um dieser Krise entgegen zu wirken. Erst wenn die Verantwortlichen bereit sind Fehler und den Mangel an Wohnraum nicht mehr zu beschönigen, ist es möglich in der Wohnungsbaupolitik wieder zu handeln, anstatt nur zu reagieren. Lübeck muss ein langfristiges Konzept entwickeln, um nachhaltig und auf Jahre hinaus den notwendigen Bedarf an Wohnraum zu ermitteln und durch kommunalen Wohnungsbau dafür Sorge zu tragen, dass kein weiterer Mangel entsteht. Langfristiges Ziel muss es sein, kommunale Wohnungsbaufirmen zu stärken und möglichst viel des Wohnraums zurück in die öffentliche Hand und damit den Besitz der Lübecker*innen zu bringen, um nicht weiter von der gewinnorientierten Politik privater Wohnungsbaufirmen abhängig zu sein. Dabei ist das Recht jedes einzelnen Menschen auf Wohnraum zukünftig zu garantieren. Gleichzeitig muss die Stadt Projekte gegen Obdachlosigkeit entwickeln und bestehende Strukturen der sozialen Hilfe, die Mieter*innen bei drohendem Wohnungsverlust oder Obdachlosigkeit zur Seite stehen, aktiv fördern. Eine soziale Wohnungsbaupolitik ist jedoch nicht nur dadurch erfüllt, dass ausreichend Wohnraum vorhanden ist. Wohnungsbau muss nachhaltig und inklusiv verstanden werden. So ist beim Neubau von Wohnungen dafür Sorge zu tragen, dass in ausreichendem Maße sowohl Wohnraum für Menschen mit körperlichen oder seelischen Einschränkungen als auch für ältere und/oder nicht mobile Menschen vorhanden ist.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- ein Sofortprogramm von 6.000 günstigen Wohnungen, das langfristig auf 12.000 aufgestockt wird
- einen Wohnungsbau-Entwicklungsplan bis zum Jahr 2030, aufstellbar binnen eines Jahres
- die Stärkung der TRAVE als kommunaler Wohnungsbaugesellschaft
- die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei allen städtischen Bauprojekten
- ein Verbot von Strom- und Gassperren
- die Anpassung der Miet-Höchstgrenzen für Menschen im Bezug von Grundsicherung, Hartz IV oder anderen sozialen Sicherungen
- die Entwicklung einer Milieuschutz-Satzung, um die Identität der Lübecker Stadtteile in ihrer sozialen Struktur zu bewahren und/oder zu stärken
- bei jedem Bauvorhaben verpflichtend mindestens 33% Sozialwohnungen zu errichten

1.2. Stadtteilentwicklung

Sozialer und gerechter Wohnungsbau muss darüber hinaus auch eine ausreichende Anzahl öffentlicher und kostenloser Freiflächen zur Verfügung stellen, damit Menschen nicht nur in ihren Stadtteilen verwahrt sind, sondern Wohnen als aktive Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Stadtteil selbstverständlich wird. Dies reicht von der Bereitstellung ausreichender Spielflächen über soziale und kulturelle Begegnungsstätten in Form von Nachbarschaftsbüros bis zur Naherholung und einem dezentralen Bürgerservice für alle Anwohnerinnen und Anwohner der Stadtteile. DIE LINKE begrüßt und unterstützt alle Initiativen, Vereine und Verbände, die gemeinsam mit den Menschen in den Stadtteilen das Zusammenleben gestalten, egal ob es sich dabei um die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, sportliche Betätigungen oder kulturelle Angebote handelt. Wir werden Kultur für alle Menschen frei zugänglich in die Stadtteile bringen (siehe Kapitel Teilhabe). Die Stadt gehört erst dann den Menschen, wenn alle, die in ihr leben, die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung ihres Lebensmittelpunktes im Stadtteil und darüber hinaus haben. Dazu gehört auch, mehr Kultur in die Stadtteile zu bringen (siehe Kapitel Kultur) und die Einrichtung von demokratisch gewählten Ortsbeiräten, welche die demokratische Teilhabe der Menschen in den Stadtteilen fördern.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- den Ausbau und die Förderung von Nachbarschaftsbüros und deren Weiterentwicklung zu Stadtteilhäusern
- den Ausbau und die Dezentralisierung des Bürgerservice vor Ort
- die stärkere Förderung von Initiativen, Vereinen und Verbänden in den Stadtteilen
- die Erschließung und Instandhaltung von Flächen zur Naherholung sowie den Ausbau kostenloser, öffentlicher Freiflächen
- den Ausbau der sozialen Infrastruktur (soziale Hilfe, Jugendzentren, Begegnungsstätten, Betreuungsangebote) in den Stadtteilen
- die Einführung demokratisch gewählter Ortsbeiräte in allen Stadtteilen

1.3. Naherholung und Ökologie

Stadt bedeutet in unserem Verständnis nicht nur in ihr zu arbeiten und zu wohnen, sondern auch Erholung, Freizeit und Auszeit vom stressigen Alltag. Deshalb muss eine soziale und gerechte Wohnungsbaupolitik die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse aller Menschen und Stadtteile berücksichtigen. Es gilt, für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnraum und Grünflächen zu sorgen. Um der Entstehung von sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss günstiger Wohnraum deshalb gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt werden. Ziel muss es sein, nicht weiter Flächen zu verdichten, sondern in der Wohnungsbaupolitik der Zukunft auch Naherholungs- und Freiflächen zu berücksichtigen. Spielplätze, Freiflächen und Gärten müssen selbstverständlicher und erlebbarer Teil des Lübecker Stadtbildes sein. Deshalb unterstützt DIE LINKE. Lübeck seit langem Konzepte des Stadtgärtnerns und urban gardening, um auch kleine Flächen inmitten stark bebauter Stadtteile ökologisch nutzbar zu machen und das Stadtbild grüner und natürlicher zu gestalten. Dazu gehört auch eine Entlastung der Stadtteile – besonders der Innenstadt – vom Individualverkehr durch die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Ausbau und die Instandsetzung von Fuß- und Radwegen muss vorangetrieben werden. Lebensqualität und Mobilität müssen zueinander in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Daher braucht es eine nachhaltige und ganzheitliche Wohnungsbaupolitik, welche alle unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Lübecker Stadtteile und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigt.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Entwicklung eines städtischen Konzeptes zum Stadtgärtnern und urban gardening
- die Schaffung von mehr Naherholungs- und Grünflächen in den Stadtteilen
- den Ausbau und die Instandsetzung öffentlicher Radwege
- die Stärkung des ÖPNV zur Reduzierung des Individualverkehrs
- die Verkehrsberuhigung der Altstadt
- das Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Mitteln im gesamten Gebiet der Stadt Lübeck
- ein Aktionsprogramm gegen die Ablagerung von Mikroplastik in der Natur

1.4. Bürgerservice und Stadtteilhäuser

Die anhaltende und intensive Debatte um die Schließung der Stadtteilbüros hat gezeigt, wie wichtig ein dezentraler Bürgerservice für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt ist. DIE LINKE möchte den städtischen Bürgerser-

vice zu einem digital und vor Ort vernetzten Angebot der Stadt in Form von Stadtteilhäusern weiterentwickeln. Alltägliche Behördengänge wie das Beantragen von Papieren, die An- und Ummeldung von Wohnungen oder Autos müssen als Teil der öffentlichen Grundversorgung verstanden werden und für alle Menschen vor Ort möglich sein. Deshalb werden wir die Einführung digitaler Bürgerterminals durchsetzen, die es den Lübecker*innen ermöglichen, Meldeangelegenheiten direkt vor Ort selbstständig erledigen zu können. Angeschlossen an die Stadtteilhäuser, sollen diese den von Schließzeiten und städtischem Personal unabhängigen Zugang zum Service der Verwaltung ermöglichen. Der Bürgerservice darf nicht weiter durch finanzielle oder personelle Zwänge seitens Politik und Verwaltung behindert werden. DIE LINKE geht jedoch noch einen Schritt weiter. Langfristiges Ziel sollen inklusive Stadtteilhäuser sein, die unter ihrem Dach Vereine, Initiativen, Verbände und Kultur im Stadtteil versammeln und somit einerseits das soziale Miteinander im Stadtteil fördern, andererseits aber auch durch Bürgerbeteiligung ermöglichen, dass Anwohner*innen ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und mitgestalten können. Die Existenz bestehender Nachbarschaftsbüros, die bereits eine Vielzahl kultureller und sozialer Projekte in den Stadtteilen bündeln, ist zu sichern und der Ausbau eines Lübecker Netzwerkes solcher Büros zu fördern.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Existenzsicherung für Nachbarschaftsbüros als Anlaufstelle in den Stadtteilen
- die Schaffung und Stärkung eines Netzwerkes von Nachbarschaftsbüros in allen Stadtteilen
- die langfristige Weiterentwicklung bestehender und neu zu schaffender Strukturen, die Stadtteilhäuser jeweils als kulturellen und sozialen Mittelpunkt des Lebens in Lübeck verankern
- die Digitalisierung und Dezentralisierung des Bürgerservice
- die Einrichtung digitaler Bürgerterminals zur Sicherung der Erreichbarkeit des Bürgerservice in allen Stadtteilen und deren Anbindung an bestehende Strukturen der Selbstverwaltung der Anwohnerinnen und Anwohner

2.) KINDER UND FAMILIE

DIE LINKE versteht sich als Verbündete aller Menschen, unabhängig von Einkommen, sexueller Orientierung, Geschlecht, Herkunft oder der Wahl ihres Lebensmodells. Daher unterstützen wir alle Formen von Familie, in der Menschen zusammenleben. Eine solidarische und gerechte Stadt muss dafür Sorge tragen, dass alle Formen von Familie dieselben Möglichkeiten zur Entfaltung, zu sozialer Sicherheit und Teilhabe erhalten. Wo Kinder sind, ist Familie, egal ob alleinerziehend, in der klassischen Form oder in alternativen Partnerschaftsmodellen. Stadt muss Familie und das Aufwachsen der Kinder lebenslang begleiten. Beginnend in der frühkindlichen Bildung, über beitragsfreie und flexible Kindertagesstätten, über die betreute Ganztagschule und darüber hinausgehende Angebote der Betreuung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche. Familien in all ihrer Vielfalt brauchen in erster Linie Unterstützung und soziale Sicherheit. Wir brauchen eine kinderfreundliche Politik und keine, durch die Kinder zum Armutsrisiko für die ganze Familie werden. Das bedeutet in erster Linie, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Eine Gleichbehandlung von nicht verheirateten Partner*innen, von Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ist daher ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

2.1. Frühkindliche Bildung

Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind außerordentlich wichtig für den weiteren Lebensweg. Vielen Erziehenden ist es aus finanziellen, sozialen oder beruflichen Gründen nicht möglich, sich in diesen prägenden Jahren allein auf die Erziehung der Kinder zu konzentrieren. Deshalb bedürfen Familien und Kinder der Unterstützung von Seiten der Stadt und der Politik. Eine Stadt für alle muss diese Unterstützung flexibel, bedarfsgerecht, ganztätig und in hoher Qualität zur Verfügung stellen. Dabei lehnen wir eine Abwälzung der Kosten auf die Eltern ab und werden uns für Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung und Betreuung auf allen Ebenen einsetzen. Gleichzeitig setzt sich DIE LINKE auf allen Ebenen dafür ein, dass Kitas als wichtige Bildungseinrichtungen anerkannt und gefördert werden.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Stärkung der Betreuung und die Beitragsfreiheit der KITAs in Lübeck
- die Bereitstellung gesunder und vollwertiger Ernährung in allen Einrichtungen der Kinderbetreuung
- eine stärkere Präsenz und Anbindung der KITAs an die Lübecker Wohngebiete
- die Vereinheitlichung und Verringerung der Schließzeiten der Kindertagesstätten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- ein Mehr an qualifiziertem und gut bezahltem Personal in allen Einrichtungen der Kinderbetreuung

- die Erstattung von Betreuungskosten für Familien, wenn das Betreuungsangebot durch individuelle Regelungen ergänzt werden muss

-

2.2. Schule

DIE LINKE streitet für Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Alle Kinder müssen in einer sozialen und gerechten Stadt die gleichen Bildungschancen erhalten. Dabei ist für uns entscheidend, dass Schüler*innen möglichst lange gemeinsam lernen und von ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen profitieren können. DIE LINKE versteht Schule als ganzheitlichen Raum der Begegnung. Unser Ziel ist es, die Unterteilung in staatliche und private Schulen zu überwinden, um Gemeinsamkeiten statt Barrieren zu fördern. Voraussetzung dafür ist der Erhalt aller Grundschulen in Lübeck und die nahe Anbindung der Schulen an die Stadtteile. Um diese Aufgabe zu bewältigen muss darauf hingewirkt werden, eine ausreichende Anzahl an qualifizierten und pädagogisch geschulten Stellen begleitet von zusätzlichem Fachpersonal zur Verfügung zu stellen und die Anzahl der Schüler*innen, die gemeinsam in einer Klasse lernen, zu begrenzen. Der zunehmenden Überlastung der Pädagog*innen, sowie dem Ausfall von Unterrichtsstunden ist entgegen zu wirken. Dies ist nur zu bewerkstelligen, wenn die Stadt selbstbewusst das Land an seine Verpflichtungen in der Schulpolitik erinnert.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die konsequente Hinwirkung, Vorbereitung und Umsetzung der "Schule für Alle" als Ganztagschule
- die flächendeckende Digitalisierung des Lernens in allen Bereichen der schulischen Bildung und die Investition in die notwendigen Hilfsmittel
- die Einsetzung und Stärkung von Schulsozialarbeiter*innen in allen Einrichtungen der schulischen Bildung
- die Sanierung sämtlicher schulischer Einrichtungen und Gebäude in städtischem Besitz, insbesondere die Instandsetzung der sanitären Einrichtungen

2.3. Familie

Die momentane Familienpolitik in Lübeck wird den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gleichermaßen nicht gerecht. DIE LINKE denkt den Begriff Familie und die Anforderungen an eine moderne und soziale Stadt weiter. Politik und Verwaltung müssen alternative Familienmodelle fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben. Gleichzeitig müssen soziale Angebote in Freizeit und Beruf geschaffen werden, um den Zwängen der modernen Arbeitsgesellschaft entgegen zu wirken. Wir stehen für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Politik und Verwaltung müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Verantwortung zu begleiten und zu stärken. Die aktuelle Politik der Hansestadt bewirkt das Gegenteil. Durch den ständigen Sozialabbau steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder bleibt kaum Zeit. Hinter der aktuellen Familienpolitik steht ein konservatives und traditionelles Familienbild, das anderen Familienformen die Gleichbehandlung verweigert und die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen – zum Nachteil der Frauen – zementiert. DIE LINKE in Lübeck steht familienpolitisch für einen Ausbau der Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- ein Konzept zur Stärkung aller Familien
- die Dezentralisierung aller sozialen, kulturellen und Bildungsangebote um sie für Familien und Alleinerziehende attraktiver und nutzbarer zu machen.
- eine Geschwisterkarte zur kostengünstigen Nutzung des Lübecker Stadtverkehrs
- ein Qualitätskonzept für nachschulische Betreuungsangebote, das den Qualitäts-Standards der Horte entspricht
- Arbeitgeber*innen dazu anzuhalten Kinderbetreuung als betriebliche Aufgabe zu verstehen und diese zu unterstützen und anzubieten
- die Einrichtung eines Betreuungspools, der Familien durch geschulte Pflegedienste im Krankheitsfall entlastet

2.4. Alleinerziehende

In Lübeck sind 29,5% aller Haushalte alleinerziehend. Mit 44,4% sind sie die größte Gruppe der Hartz-IV-Beziehenden. Die meisten Alleinerziehenden sind mit über 90% weiblich, knapp die Hälfte arbeitet, muss aber dennoch aufstockende Leistungen beantragen, da der Lohn nicht ausreicht um die Familie zu ernähren. DIE LINKE will dieses Drittel der Lübe-

cker Bevölkerung stärker fördern und sowohl ihre Armut, als auch ihre grundlegende Armutsgefährdung lindern. Dazu braucht es vor allem einen Ausbau der Kinderbetreuung, mehr Teilzeitausbildung und stärkere finanzielle Unterstützung. Alleinerziehende leisten oft mehr, bekommen aber weniger. Sie sind steuerlich benachteiligt und erhalten wenig staatliche oder kommunale Unterstützung in ihrer besonderen Familiensituation. Es ist falsch sie wie Zweielternfamilien zu behandeln, da sich Aufgaben, Pflichten und Verantwortung auf nur einen Elternteil konzentrieren. Eine Person leistet die Aufgaben von zweien. Wir werden vor allem Maßnahmen fordern, die Alleinerziehende in Arbeit bringen und die ihre spezielle Arbeitssituation unterstützen. Wir werden zudem mehr finanzielle Fördermöglichkeiten einfordern.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Förderung von Betrieben, welche Teilzeitausbildungen anbieten und sich aktiv an der Kinderbetreuung beteiligen, sowie eine Initiative zur Attraktivitätssteigerung der Teilzeitarbeit allgemein
- dass Ausbildungsplätze bei der Stadt grundsätzlich in Teilzeit anzubieten sind
- die Schaffung eines Notfall-Betreuungspools in Zusammenarbeit mit ansässigen Unternehmen, auf den Alleinerziehende zurückgreifen können, wenn die Kinder erkrankt sind oder KITA Betreuungszeiten nicht weit genug greifen
- die Bereitstellung von Extraleistungen, die für die Kostenübernahme für die Kinderbetreuung und zur Gewährleistung schulischer Teilhabe (Klassenfahrten, Ausflüge etc.) beantragt werden können, wenn Alleinerziehende keine staatlichen Leistungen beziehen, die Ausgaben sie aber unter das Existenzminimum bringen
- Alleinerziehende erhalten Anspruch auf die Lübeck-Card
- Den Ausbau der Kita- und Nachschul-Betreuungszeiten bis 18 Uhr
- Schaffung einer 24-Stunden-Kita in Lübeck
- es wird eine zentrale Beratungsstelle für Alleinerziehende geschaffen

2.5. Pflege

DIE LINKE strebt langfristig eine gesetzliche solidarische Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung an. Hierbei sollen alle Einkommensgruppen gleichermaßen in die Pflicht zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens genommen werden. Dies ermöglicht den Kommunen größere finanzielle Spielräume. Die so erzeugten Finanzmittel müssen vor allem in qualitative Verbesserungen im Pflege-Sektor investiert werden. Sei es in der ambulanten oder stationären Betreuung von Senior*innen in den Lübecker Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. An erster Stelle muss hierbei die Entlastung des Personals stehen. Mehr Pflegestellen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und gerechte Bezahlung sind unabdingbar für eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation im Gesundheitswesen. Darüber hinaus müssen Rahmenbedingungen wie die gesetzlichen Pausen und Urlaubszeiten für das überlastete Personal sichergestellt werden. DIE LINKE stellt sich aktiv gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen, wie im Falle des ehemaligen Krankenhauses Süd geschehen. Die Senioreneinrichtungen in städtischer Hand müssen in der Kontrolle der Lübecker*innen verbleiben und der dauerhafte Bestand der Einrichtungen und ihrer Qualität ist zu sichern. Das Angebot der städtischen Senioreneinrichtungen muss allen Einwohner*innen zur Verfügung stehen, einen Abbau des Service und der Qualität zugunsten von privatisierten Angeboten lehnen wir ab. Nur wenn diese Grundbedingungen erfüllt sind, ist ein Altern in Würde möglich. Gesundheit und Mobilität sind darüber hinaus ein wichtiges Gut für alle Altersgruppen, um Teilhabe im sozialen Miteinander der Stadt möglich zu machen. Angesichts des demografischen Wandels müssen ambulante Angebote für Pflegebedürftige ausgebaut werden, um Familien zu entlasten, auf deren Schultern die private Pflegearbeit vorwiegend liegt.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Bestandssicherung für alle Senioreneinrichtungen in Händen der Stadt Lübeck
- eine Qualitätsoffensive in der Alten- und Krankenpflege, sowohl für Pflegebedürftige und Angehörige als auch für in der Pflege tätiges Personal
- die Aufstockung des Personals sowie Qualifizierung und bessere Bezahlung für alle im Bereich der Pflege Beschäftigten
- die Berücksichtigung von Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen der Hansestadt Lübeck
- ein Konzept zur Stärkung alternativer Wohnmodelle für Senior*innen, wie bspw. betreuter Wohngemeinschaften

3.) MOBILITÄT

Für eine Stadt, die allen Menschen gehört, ist Mobilität von zentraler Bedeutung. Allen Menschen muss unabhängig von allen Barrieren, egal ob technischer, sozialer, finanzieller oder körperlicher Natur, die Möglichkeit gegeben sein, die Angebote der Stadt, ihre Strukturen und Angebote wahrzunehmen. Dies gilt insbesondere für ältere Lübecker*innen in Form von Barrierefreiheit aller städtischen Einrichtungen und Gebäude. Eine offene und gerechte Stadt muss sowohl einen Nahverkehr bereitstellen, der seinem Namen gerecht wird als auch das Bedürfnis der Menschen nach Ruhe und Erholung berücksichtigen. Alle Formen von Verkehr müssen in ihren speziellen Bedürfnissen berücksichtigt sein. Sei es ein Busverkehr, der zentral erreichbar und für jeden erschwinglich ist, sei es ein fließender Autoverkehr, ohne Stau oder nutzbare und instandgesetzte Radwege. Die Lübecker Stadtteile, in all ihrer Vielfältigkeit und Besonderheit, müssen zugänglich und untereinander vernetzt werden. Wir LINKE werden uns für eine Stadt stark machen, die frei von Grenzen und Schranken erlebbar und erreichbar ist. Die "Stadt der kurzen Wege" darf nicht länger nur ein Marketing-Slogan sein, sondern muss Realität für alle Lübecker*innen werden.

3.1. Infrastruktur

Lübecks Infrastruktur ist durch den Sparzwang seitens Bundes- und Landespolitik massiv gefährdet. Jedes Jahr verliert die Stadt auf diese Weise über 10% ihres Vermögens an Infrastruktur, da keine ausreichenden Mittel in die Sanierung von Gebäuden, Straßen und öffentlichen Einrichtungen fließen. Schuld daran ist der unnötig eingegangene und willfährig übererfüllte Konsolidierungsfonds. Lübecks Kapital sind jedoch einerseits gerade seine historischen Gebäude und andererseits die öffentliche Infrastruktur, die ein Leben in unserer Stadt überhaupt erst möglich machen. Teilhabe und Mobilität sind nicht möglich, wenn die Benutzung der Infrastruktur durch Verfall oder Veräußerungen in Form von Privatisierungen verhindert wird. Auch verkehrstechnisch ist für Fußgänger*innen, Autofahrer*innen oder Menschen, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen möchten, eine Teilhabe am öffentlichen Leben zunehmend erschwert. Staus und schlecht befahrbare und schlecht begehbbare Wege prägen das Stadtbild. Wir werden Schluss machen mit dem unsinnigen Spardiktat zu Lasten künftiger Generationen und in die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur investieren. Dies gilt insbesondere für die Lübecker Schulen und ihre sanitären Anlagen, die Straßen, Brücken, Fuß- und Radwege und die Gebäude der öffentlichen Hand.

Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:

- die Aufhebung des jetzigen Sanierungsstaus in der Hansestadt Lübeck durch eine Re-Investitionsquote von 100%
- ein langfristiges Konzept zur Sanierung der Lübecker Brücken um die Sicherheit und Nutzbarkeit der Zufahrtswege zu allen Stadtteilen zu gewährleisten
- eine bessere Anbindung aller Stadtteile an alle Strukturen des Verkehrs

3.2. Stadtverkehr

Der Lübecker Stadtverkehr, insbesondere der Zugang zur Altstadtinsel und die Anbindung an die Stadtteile ist eine Katastrophe. Zunehmende Sperrungen der Brücken oder Straßen aufgrund vernachlässigter Instandsetzung prägen den Alltag der Lübecker*innen. Die Selbstbestimmtheit der Mobilität nimmt zunehmend ab. Die Menschen in unserer Stadt müssen sich nach schlecht getakteten Fahrplänen des ÖPNV richten, Gefährdungen im Straßenverkehr durch schlecht ausgebaute Fuß- und Radwege in Kauf nehmen oder ganze Bereiche der Stadt großräumig umfahren, wenn sie nicht endlos Zeit im Stau verbringen wollen. Damit werden wir Schluss machen. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen frei von Zwängen bewegen können.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Stärkung und den Ausbau des Lübecker Radverkehrs durch die Instandsetzung und den Ausbau des Radwege-Netzwerkes mithilfe eines Fahrrad-Entwicklungsplans
- die Verkehrsberuhigung der Lübecker Innenstadt durch Stärkung des Nahverkehrs und die Verringerung des Individualverkehrs
- Ermäßigungen bei der Tunnelmaut zur Entlastung der Einwohner*innen von Kücknitz und Travemünde
- Mehr Investitionen in die Straßen- und Brücken der Stadt zur Behebung des Sanierungsstaus

3.3. Nahverkehr

Der Nahverkehr in Lübeck ist nicht nur zu teuer, sondern auch ungünstig getaktet. Die Randgebiete der Stadt werden nur unzureichend angefahren. Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere Rentnerinnen und Rentnern, die zumeist auf den Busverkehr angewiesen sind, ist es bei den aktuellen Preisen kaum möglich den Bus zu nutzen. Termine oder Veranstaltungen außerhalb der fußläufig erreichbaren Gebiete können so entweder gar nicht oder nur schwer wahrgenommen werden. Ebenso wichtig wie eine Umstrukturierung des Nahverkehrs ist es Anreize dafür zu schaffen vermehrt alternative Verkehrsmittel zu nutzen. Hierzu muss die Förderung und Finanzierung des Radverkehrs deutlich erhöht werden. Langfristiges Ziel sollte die Inbetriebnahme einer Lübecker S-Bahn sein, welche die Stadtteile stärker miteinander vernetzt. Dies wäre nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern würde auch die Innenstadt und umliegende Kreise vom Autoverkehr und unnötigen Umweltschäden durch den durch Autos verursachten CO₂-Ausstoß entlasten. Zudem würden Lübecker Knotenpunkte nach und nach entschärft.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- den Anschluss des Lübecker ÖPNV an den Verkehrsbereich HVV zur Schaffung einer überall gültigen Tarifzone zum gleichen Preis in allen Stadtteilen
- die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn zur Steigerung der Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen, auch im Bereich der Einzelfahrkarten
- die Einführung einer Seniorenkarte, die für alle Senior*innen gilt, erheblich günstiger ist als die Monatskarte, aber im Unterschied zu dieser nur zu weniger ausgelasteten Zeiten zur Fahrt berechtigt
- die flächendeckende und kostenlose Einführung von WLAN in allen Bussen der Hansestadt Lübeck
- die Planung zur langfristigen Einrichtung einer Stadtbahn für das Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck
- eine dezentrale Streckenführung des Busverkehrs, die sowohl die Erreichbarkeit aller Wohnorte und Stadtteile berücksichtigt (bspw. durch die Schaffung von Haltestellen für Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und das Tierheim), als auch den besonderen Bedürfnissen der Altstadt Rechnung trägt
- ein umfassendes Park-Konzept für die Innenstadt mit weiterführenden Angeboten zur Mobilität auf der Altstadtinsel (Park & Ride)
- die Belegung der Altstadt durch ein Gesamtkonzept, welches das Altstadterlebnis zur Altstadtperipherie bringt
- die kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb eines Fahrscheins des Lübecker Stadtverkehrs

4. TEILHABE

Um das solidarische, friedliche und gemeinsame Zusammenleben in einer Stadt zu gewährleisten, müssen Politik und Verwaltung sicherstellen, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Religion, Alter oder Geschlecht – die gleichen Möglichkeiten zur freien Entfaltung haben. Dies ist nur möglich, wenn Barrieren aufgehoben, Schranken abgebaut und ein Mehr an Teilhabe für alle Lübecker*innen geschaffen wird. Gesellschaftliche, soziale, demokratische und kulturelle Teilhabe ermöglicht erst, dass die Menschen in Lübeck ihre Stadt gemeinsam gestalten und das Leben in ihr friedlich und bunt wird.

4.1. Soziale Teilhabe

HartzIV ist und bleibt Armut per Gesetz. Für uns LINKE ist klar, dass die Reformen der Agenda 2010 von SPD und Grünen unsere Gesellschaft tief gespalten haben. Die heutige Ellbogengesellschaft ist entsolidarisiert. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Furcht vor dem Gang zum Amt mit all seinen Demütigungen, kurzum die Angst vor dem Verlust der Würde und der Existenz bestimmt den Alltag eines Großteils der Menschen in unserem Land und auch in Lübeck. Jedes dritte Kind lebt in Armut. Familien und Alleinerziehende, Auszubildende und alte Menschen gleichermaßen kämpfen jeden Tag mit dem Existenzminimum. Dieser unwürdige Zustand muss beendet werden. Wir LINKEN setzen uns auf allen Ebenen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Hartz-IV-Opfer ein. Dazu gehören ein entschiedener Widerstand gegen das Sanktionsregime, die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Regelsätze, Fragen des Einsatzes des Integrationsbudgets durch die das SGB II tragenden Institutionen, die Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft sowie die Einforderung der Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben um die Möglichkeit zu erhalten, sich und seine Kompetenzen in die Gesellschaft einzubringen und sich selbst weiterzubilden. Die Spielräume, um Erwerbslose zumindest zeitweise aus der Erwerbslosigkeit herauszuholen werden immer geringer, Integrationsmittel wurden gestrichen und ABM abgeschafft. Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit sind keine Alternative, wir brauchen einen echten öffentlichen Beschäftigungssektor. Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitge-

ber*innen. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientierte Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte und Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen. Sie tragen Verantwortung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Hartz IV muss weg. Dies ist auf kommunaler Ebene jedoch nicht entscheidbar. Deshalb ist es Ziel und Aufgabe der LINKEN soziale Teilhabe zu fördern und zu ermöglichen, wo immer sich kommunal-politische Stellschrauben dafür ergeben, um die Folgen der Agenda 2010 abzumildern. Wir werden die Förderung und Vermittlung von Arbeitsplätzen in die eigenen Hände nehmen und nicht den Jobcentern überlassen. Wir werden das Recht auf Wohnen als kommunales Grundrecht verankern und die menschenunwürdige Praxis der Strom- und Gassperren beenden. Wir werden uns für eine Gleichstellungspolitik stark machen, welche die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern beendet. Ziel unserer Bestrebungen und unumstößliche Überzeugung unseres Handelns ist es, gemeinsam mit allen Lübecker*innen eine Stadt zu gestalten, in der alle Menschen eine soziale, gerechte und friedliche Heimat finden.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Abschaffung von Strom- und Gassperren
- die Einrichtung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft um Menschen unabhängig von den Jobcentern in würdige Arbeit zu bringen
- den kostenlosen Anspruch auf Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen, solange die bundespolitische Lage den Rechtsanspruch auf Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen nicht regelt
- die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit vollständig sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnten Arbeitsverhältnissen
- die Einrichtung eines Fachbeirates, in dem Bezieher aller staatlichen Transferleistungen in angemessener Weise vertreten sind und der tatsächliche Entscheidungskompetenzen hat
- die Aufstellung von Richtlinien zur Zumutbarkeit der Arbeit, welche die konkreten Lebensumstände und die bisherige Berufspraxis der Betroffenen berücksichtigen und es ihnen erlaubt, unzumutbare Arbeitsangebote sanktionsfrei abzulehnen
- die umfassende Information von Langzeiterwerbslosen über ihre Chancen, Möglichkeiten und Rechte. Dazu gehört ein kostenfreier Zugang zum Internet und zu Fachmagazinen und Fachzeitschriften in den Räumen der Job-Center und in kommunalen Büchereien
- Mobilitätskosten nach örtlichen und persönlichen Bedingungen anzuerkennen
- die Finanzierung unabhängiger SGB-II-Beratungsstellen
- die Einführung von Sozialtarifen bei den Versorgungsbetrieben

4.2. Sozialpass

Teilhabe in der Kommunalpolitik bedeutet für uns ein gutes Leben für ALLE. Die Lebensqualität eines Menschen darf nicht davon abhängen, wo er wohnt und wie vermögend er ist. Die Lebenschancen eines Kindes dürfen ebenso nicht davon abhängen, wo es aufwächst. Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie die zunehmenden sozialen Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Es gibt aber kommunale Handlungsmöglichkeiten. Es muss etwas geschaffen werden, dass allen Einwohner*innen - auch den Einkommensschwachen - den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (u.a. Kindergärten, Büchereien, Bäder, Museen, Theatern, Vereinen und öffentliche Verkehrsmittel) ermöglicht. Hierfür würde sich die Einführung eines Sozialpasses eignen, der in etwa wie eine Zuzahlungsbefreiung bei der Krankenkasse aufgebaut ist. Somit hätten alle Einkommensschwachen die Möglichkeit sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Einführung eines Sozialpasses für alle Einkommensschwachen, um den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (u.a. Kindergärten, Büchereien, Bäder, Museen, Theatern, Vereinen und öffentliche Verkehrsmittel) zu gewährleisten

4.3. Demokratische Teilhabe

Wir stehen für den gesellschaftlichen Dialog und mehr direkte Bürgerbeteiligung. Voraussetzungen dafür sind Barrierefreiheit, Zugang und Verständlichkeit. DIE LINKE. Lübeck macht sich für Nachbarschaftsbüros in allen Stadtteilen stark. Diese Nachbarschaftstreffs gibt es in Lübeck bereits vereinzelt, beispielsweise in St. Lorenz Süd. Sie dienen als Veranstaltungsorte, Treffpunkt für die dort lebenden Menschen und geben eine gute Möglichkeit zur Information und gemeinsamen Vernetzung der Anwohner*innen. Wir machen uns für die Einrichtung demokratisch gewählter Orts-

beiräte in allen Stadtteilen stark. Diese sollen allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine direkte Beteiligung bei allen Entscheidungen, die ihren Stadtteil betreffen, ermöglichen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Einrichtung von partei-politisch neutralen Ortsbeiräten in allen Stadtteilen
- die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebenen der Entscheidungsprozesse
- die Schaffung der Stelle eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt
- den Ausbau und die personelle Stärkung des Lübecker Frauenbüros und deren Weiterentwicklung zu einer Anti-Diskriminierungsstelle
- die Unterstützung, Finanzierung und Stärkung des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus
- Bild- und Ton-Übertragung aller Bürgerschaftssitzungen und deren Bereitstellung im Internet unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit

4.4. Kulturelle Teilhabe

Kultur bestimmt unser Leben und macht es reicher. Sie ermöglicht uns nicht nur Selbstvergewisserung, sondern eröffnet uns auch immer wieder neue Horizonte und die Chance zur Verständigung. Kultur ist daher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Engpässe im kommunalen Haushalt dürfen nicht zur Privatisierung oder Schließung von Kultureinrichtungen führen. Unser reichhaltiges kulturelles Erbe in Lübeck gilt es zu bewahren, bestehende Einrichtungen zu sichern und neue kreative Ansätze zu fördern. Weil die Kultur allen Menschen gehört, sehen wir es zudem als staatlichen Auftrag an, dafür zu sorgen, dass die Besucherstruktur der Kultureinrichtungen mit der Struktur der Lübecker Einwohner*innen übereinstimmt. Zu einer selbstbestimmten Stadt gehört für uns völlig selbstverständlich die Teilhabe am kulturellen Leben in unserer Stadt, aber auch die Erlebbarkeit von Kultur in allen Stadtteilen, unabhängig von Einkommen oder Bildungsgrad. Kultur darf nicht ausschließlich Sache der Besserverdienenden und nicht nur Sache der Altstadtinsel sein. DIE LINKE setzt sich ein für mehr Kunst im öffentlichen Raum und mehr Gestaltung der Stadt durch die Menschen, die in ihr leben. Als Teil der internationalen antifaschistischen und emanzipatorischen Bewegungen und ihrer Geschichte sehen wir es als unsere Aufgabe an, daran zu erinnern, was sie erreicht und erlitten haben. Deswegen setzen wir uns für eine lebendige und kritische Gedenkkultur ein, welche die Vergangenheit mit dem Ziel vergegenwärtigt, die demokratische Öffentlichkeit heute zu stärken.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die nachhaltige Existenzsicherung des Lübecker Theaters und die tarifgemäße Entlohnung seiner Beschäftigten ohne Schaffung eines Sonder-Haustarifes
- die Rahmenbedingungen für eine kulturelle Selbstverwaltung aller Lübeckerinnen und Lübecker und aller Träger und Institutionen von Kultur zu schaffen
- die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek und die Gebührenfreiheit der in ihr ausleihbaren Medien
- die Schaffung und Stärkung eines Netzwerkes von Nachbarschaftsbüros in allen Stadtteilen
- die Schaffung von mehr öffentlichen Proberäumen und Ateliers zur Stärkung der kulturellen Infrastruktur
- die Identifizierung von geeigneten Flächen im Stadtgebiet zur künstlerischen Gestaltung durch die Nachbarschaft
- eine stärkere Förderung aller Theater- und Kulturbetriebe in den Stadtteilen
- die Schaffung von Bedingungen, unter denen Literatur- und Lesebegeisterung sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen in allen Stadtteilen wachsen und Früchte tragen kann
- den kostenlosen Eintritt in alle Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche

4.5. Gleichstellung

Fast ein Jahrhundert nach dem Erkämpfen des Wahlrechts haben Frauen immer noch nicht die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie verdienen bei gleicher Qualifikation durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer und bilden mit 65 Prozent die größte Gruppe im Niedriglohnssektor. Lübeck bildet hier keine Ausnahme. Gleichstellung ist für uns LINKE eine Querschnittsaufgabe: Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden. Das bedeutet eine angemessene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien der Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur. Es bedeutet eine Steigerung der Frauenerwerbsquote in gut entlohnten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und die Beendigung der partnerabhängigen Leistungsberechnung bei Arbeitslosigkeit. Auch im Bereich der sexuellen Selbstbestimmtheit hat unsere Stadt noch großen Nachholbedarf. Zwar sind der Lübecker CSD-Verein und

mit ihm seine Veranstaltungen inzwischen ein nicht mehr wegzudenkender Teil des öffentlichen Lebens, dennoch muss sich eine Stadt, die sich dem Recht auf Selbstbestimmung aller in ihr lebenden Menschen verschreibt, immer wieder darauf prüfen, ob sie auf allen Ebenen Diskriminierung im Alltag entgegen wirkt. Aufklärung, Bildung, die Inklusion der LSBTTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen*) Community in die Alltagskultur des Lübecker Lebens muss selbstverständlich sein. Bündnisse, Initiativen, Vereine und privates gesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, Sexismus und Diskriminierung in jeder Form müssen unterstützt und gefördert werden.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- den Ausbau und die personelle Stärkung des Lübecker Frauenbüros und dessen Weiterentwicklung zu einer Anti-Diskriminierungsstelle, in der das Gleichstellungsbüro, das Forum für Migrantinnen und Migranten und ein neu zu schaffendes LSBTTIQ*-Büro unter einem Dach arbeiten
- die stärkere Förderung von städtischen Angeboten für Frauen
- die Stärkung von Integrations-Angeboten für Frauen, wie bspw. Integrationskurse mit Kinderbetreuung
- die quotierte Stellenbesetzung bei allen städtischen Unternehmen, inklusive der Führungspositionen
- die Vorhaltung ausgebildeter Ansprechpartner*innen für Diskriminierungsfälle bei der Polizei
- die Stärkung der finanziellen und logistischen Unterstützung der Strukturen der LSBTTIQ* Community in Lübeck, insbesondere der Erinnerungskultur in Bezug auf die Verfolgung homosexueller und Transgender-Menschen

4.6. Barrierefreiheit

Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten oder Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen nur eingeschränkt möglich. Auch in Lübeck sind Menschen nicht behindert, sondern werden vielfach im Alltag behindert. Eine Stadt für alle muss diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen überwinden. Stadt und Verwaltung unternehmen diesbezüglich keine nachhaltigen und flächendeckenden Maßnahmen, vor allem nicht in den Stadtteilen. Sie wälzen die Verantwortung für Inklusion oftmals auf den privaten und ehrenamtlichen Bereich ab. Durch den Zuzug von Geflüchteten hat sich zudem der Aufgabenbereich der Inklusion deutlich erweitert. Unsere neuen Mitbürger*innen bedürfen im Alltag der Unterstützung in vielfältiger Hinsicht: Sprache und Kultur sind oft Barrieren, die aktuell nur durch ehrenamtliche Unterstützung – auch von der LINKEN – überwunden werden. Stadt und Verwaltung müssen hier bestehende Strukturen deutlich ausbauen, Ehrenamt stärker wertschätzen, begleiten und qualifizieren und vor allem mehr eigene Angebote schaffen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Errichtung und Unterhaltung von ausreichend barrierefreien öffentlichen Sanitäreinrichtungen unter Berücksichtigung der speziellen hygienischen Notwendigkeiten
- die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zum Ziele einer barrierefreien Stadt unter Einbeziehung der Behindertenbeauftragten und des Behindertenrates
- die Anschaffung von mehr Niederflurbussen im Stadtverkehr
- die Absenkung aller Bordsteine im Stadtgebiet zur Erhöhung der barrierefreien Mobilität

4.7. Digitalisierung

Die Heimat der LINKEN war immer die Zukunft und diese gilt es zurück zu erobern – und mit ihr die Stadt. Die Digitalisierung und mit ihr der Wandel der Industrie bedeuten grundlegende Veränderungen in unser aller Leben. Die Art wie wir arbeiten, uns bewegen und kommunizieren hat sich bereits entscheidend verändert. Hierbei darf eine soziale Stadt jedoch die Gefahren der modernen Welt nicht durch einen blinden Technikoptimismus vergessen. Technologische Potentiale tendieren im Kapitalismus dazu für viele Menschen ein Ausschluss-Kriterium von der gesellschaftlichen Teilhabe zu werden, weil Menschen sich notwendige Geräte und Gebühren nicht leisten können oder Angebote digitaler Bildung nicht Schritt halten mit den Erfordernissen des Alltags. Dies gilt insbesondere in den Strukturen der Stadt, zuvorderst bei der Digitalisierung des Lernens. Für zukünftige Generationen muss es selbstverständlich sein, dass Lübeck eine digitale Stadt ist. Die Bildung von Kompetenzen um diese Stadt selbst digital zu gestalten muss zum Alltag des Lernens in Lübecks Schulen und Kindergärten werden. Dies gilt sowohl für die Ausstattung von Anstalten des Lernens, als auch für die Schulung des Lehrpersonals. Gleichzeitig muss eine Digitalisierung des städtischen Alltags der Lübeckerinnen und Lübeckern erfolgen. Grundlegende Teile des Bürgerservice müssen in digitale Angebote umgewan-

delt werden. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, dass neben der virtuellen Vernetzung die soziale Vernetzung der Menschen nicht verödet. Gerade ältere Menschen fühlen sich angesichts der Schnelllebigkeit der modernen Welt von der Gesellschaft ausgeschlossen. Stadtteilhäuser, wie DIE LINKE sie fordert, bieten die Chance Menschen zum generationenübergreifenden Lernen zusammen zu bringen. Gemeinsame Kurse und Angebote zum Umgang mit Internet, Smartphone und PC fördern Integration und Inklusion über alle Barrieren hinweg. Mit der Digitalisierung der Stadt muss eine Erneuerung und Stärkung aller Bereiche der gesellschaftlichen Teilhabe einhergehen, sei es beim Lernen, dem Bürgerservice, aber auch der demokratischen Teilhabe. DIE LINKE setzt sich dafür ein alle Entscheidungsprozesse in Lübeck für alle Menschen transparent zu machen um ihnen die Teilhabe an diesen zu ermöglichen. Hierfür muss einerseits eine breite Öffentlichkeit aller beteiligten Gremien erfolgen, andererseits auch die Möglichkeit zum direkten Feedback für die Lübeckerinnen und Lübecker geschaffen werden. Eine Stadt für alle kann nur dann Realität werden, wenn alle Barrieren egal ob kultureller, sozialer, körperlicher oder technischer Natur fallen. Die Digitalisierung bietet die Chance einer neuen sozialen und gerechten Gesellschaft. DIE LINKE wird sich dafür stark machen den digitalen Wandel Hand in Hand mit den Einwohner*innen und einem nachhaltigen Gesamtkonzept der gesellschaftlichen Teilhabe durchzusetzen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Digitalisierung des Lernens durch Anschaffung moderner Lehr- und Lernmittel in allen Bildungsanstalten
- die Stärkung und Einführung von Open-Government-Strukturen um politische Prozesse für die Menschen transparenter zu machen
- die Bild- und Ton-Übertragung aller Bürgerschaftssitzungen und deren Bereitstellung im Internet unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit
- die Digitalisierung der Angebote des Bürgerservice
- die Schaffung und Einhaltung digitaler Datensicherheit und Transparenz der Datenverwendung bei allen Strukturen der Stadt
- die flächendeckende und kostenlose Einführung von WLAN in allen Bussen der Hansestadt Lübeck
- die Schaffung flächendeckender Strukturen zur Bereitstellung schneller Internetabdeckung

5.) LEBEN – WIRTSCHAFT - TOURISMUS

Lübecks Alltag ist bestimmt vom Tourismus. Mittlerweile stellen die Gäste, die unsere Stadt empfängt einen der größten wirtschaftlichen Faktoren dar. Zunehmend jedoch gerät das Verhältnis zwischen Investitionen in touristische Infrastruktur und Investitionen in jene Infrastruktur, welche die Lübecker*innen zur Gestaltung ihres Lebens benötigen, ins Ungleichgewicht. Teilhabe, Kultur Mobilität und Wohnen, kurzum alle Bereiche des Lübecker Lebens können und dürfen sich nicht nur nach den wirtschaftlichen Interessen der Tourismusbranche richten. Gerade auf der Lübecker Altstadtinsel wird dieser Konflikt deutlich. Einzelhandel und Veranstaltungen orientieren sich zunehmend am möglichen Profit durch Touristinnen und Touristen und nicht mehr an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner. DIE LINKE. Lübeck wird die Tourismusbranche stärker in die Pflicht nehmen und dafür sorgen, dass mehr Geld aus den erzielten Einnahmen zurück in die Infrastruktur der Stadt fließt. Alle kulturellen Einrichtungen der Stadt, seien es Museen, Theater oder der Strand müssen für alle Menschen gleichermaßen erlebbar sein, unabhängig von ihrem Einkommen und Profitinteressen. Zudem muss das Verhältnis zwischen Wohnraum für die Einwohner*innen und Wohnungen, die zur touristischen Nutzung bestimmt sind, wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Gerade das bauliche historische Erbe der Stadt muss in der Hand und Selbstbestimmung der Lübecker*innen verbleiben.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- die Wiedereinführung der Bettensteuer als Kulturabgabe
- den kostenlosen Zugang zu allen Strandbereichen der Hansestadt Lübeck
- ein Tourismus-Konzept, welches die Balance zwischen Alltagsleben und Tourismus in Lübeck stärkt
- die Aufstellung verbindlicher Leitlinien für die touristische Nutzung von Wohnraum, insbesondere eine Unterbindung der Umwandlung von historischen Ganghäusern in Ferienwohnungen
- statt der verkaufsoffenen Sonntage werden kulturoffene Sonntage geschaffen, welche die Schwerpunkte auf die kulturelle Erlebbarkeit aller Stadtteile, jenseits des Konsums und unabhängig vom Geldbeutel bieten

5.1. Leben in der Altstadt

Das Leben in der Lübecker Altstadt teilen sich Einzelhandel, Tourismus und Bewohner*innen. Eine Mischung, die es so in nur wenigen Städten gibt und die Altstadt lebenswert, liebenswert und überaus attraktiv macht. Zunehmend gerät dieses Verhältnis jedoch ins Wanken. Durch Ferienwohnungen in den Gängen und neue Luxusbauprojekte wird die finanzschwächere Bevölkerung vertrieben. Die fast verfünffachte Straßenreinigungsgebühr in der Altstadt treibt die Mietkosten zusätzlich in die Höhe. Der kleine Einzelhandel leidet an den gestiegenen Gebühren und Verordnungen. Weiterer Leerstand droht und wird sich auch auf den Tourismus auswirken. Die Altstadt braucht ein Konzept, das zum Einen die Interessen zwischen Bewohner*innen, Einzelhandel und Tourismus berücksichtigt, ohne die gemeinsamen Interessen zu beschädigen, und zum Anderen die Altstadt wieder belebt. Es darf nicht danach gefragt werden, wie die Parkplätze in der Innenstadt vermehrt werden können, sondern wie die Altstadt dergestalt belebt werden kann, dass sie schon bei den Parkplätzen beginnend interessanter und erlebbarer wird. Kurzum: die Altstadt zu den Parkplätzen bringen. Nur so kann eine Verkehrsberuhigung in der Altstadt gelingen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- ein Konzept, um der Gentrifizierung und der Bildung eines Reichen- und Touristen-Ghettos auf der Altstadtinsel entgegenzuwirken
- die Abschaffung verkaufsoffener Sonntage zur Stärkung des Erlebens des historischen Stadtkerns und als Ruhephase für die Inselbewohner
- die Stärkung und breitere Ansiedlung unterschiedlicher Einzelhändler im Bereich der Altstadt
- die Beruhigung des Altstadt-Gebietes vom fließenden Individual-Verkehr durch die Stärkung des Stadtverkehrs und des Radverkehrs

5.2. Leben in Travemünde

Travemünde ist der Lübecker Stadtteil, in dem die sozialen Spaltungen unserer Stadt am deutlichsten Zutage treten. Nur durch Tunnel oder teuren Zugverkehr erreichbar, sind Menschen mit geringen Einkommen von der Teilhabe am Leben Travemündes, insbesondere des Erlebens von Strand, Meer und Kulturangeboten ausgeschlossen. Eine Überalterung der Bevölkerung, teure Luxusbebauung und unerschwingliche Eintrittspreise bei kulturellen Veranstaltungen machen eine ausgewogene Sozialstruktur des Stadtteils unmöglich: DIE LINKE macht sich dafür stark, dass gerade Meer, Strand und Travemünder Kultur für alle Lübecker*innen erlebbar werden. Einer weiteren Gentrifizierung des Stadtteils wollen wir durch sozialen Wohnungsbau, einen kostengünstigen Nahverkehr und Vergünstigungen bei kulturellen Veranstaltungen für Familien und Menschen mit geringen Einkommen entgegenwirken. Wir fordern ein Travemünde für alle!

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- kostenloser Zugang zu allen Strandbereichen in Travemünde
- ein ausgewogenes Konzept zur Verhinderung ausufernder Luxusbebauung und ausreichender Vorhaltung günstigen Wohnraums
- kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb eines Fahrscheins des Lübecker Stadtverkehrs
- ein Konzept zur Realisierung einer stärker ausgewogenen Sozialstruktur der Bevölkerung in Travemünde

6.) INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Lübeck ist mit über 1,5 Milliarden hoch verschuldet. Verwaltung und Politik müssen sich eingestehen, dass eine Schuldenfreiheit der Stadt mit keinerlei Mitteln zu erreichen ist. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Gestaltung der Finanz- und Haushaltspolitik nicht die Schwarze Null im Vordergrund steht, sondern die soziale und kulturelle Mobilität und Teilhabe der Lübecker*innen. Die Stadt muss den Menschen gehören und nicht den Finanzjongleuren. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass die Infrastruktur unserer Stadt nicht weiter schrumpft und kurzfristigen Profitinteressen geopfert wird. Straßen, Brücken und Gebäude der Stadt müssen laufend Instand gesetzt werden und in Besitz der Lübecker*innen verbleiben. Weitere Verkäufe städtischer Infrastruktur lehnt die LINKE – egal in welcher Form – konsequent ab. Konsolidierungsfonds und Schuldenbremse als Ausdruck des Kaputtsparens seitens der Bundes- und Landespolitik haben die Kommunen an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit gebracht. Wir werden diese Politik beenden. Scheinbare Einsparungen durch die Streichliste des Konsolidierungsfonds gehen zu Lasten zukünftiger Generationen. In Wirklichkeit werden Schulden nicht abgebaut, sondern auf kommende Jahre verlagert, indem die Stadt ihrer Pflicht zur Unterhaltung der Infrastruktur, der Bildungsaufgaben und der Sozialpolitik nicht mehr nachkommt.

Jedes Jahr verliert die Infrastruktur Lübecks – und damit das Eigentum der Lübecker*innen über 10% an Wert, weil Abschreibungen nicht reinvestiert werden. DIE LINKE möchte zurück zu einer aktiven Investitionspolitik anstelle des Kaputtsparens und gleichzeitig Land und Bund in die Verantwortung nehmen, durch eine gerechtere Steuerpolitik die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

Wir werden in der Bürgerschaft beantragen:

- keine Fortführung des Konsolidierungsfonds um die finanzielle Selbstverwaltung der Hansestadt Lübeck wieder herzustellen
- eine deutliche Anhebung der Investitionen in den Bereichen Soziales und Kultur anstelle des Kaputtsparens der Stadt zu Lasten der Lübeckerinnen und Lübecker
- keine weiteren Kürzungen im Bereich sozialer und kultureller Leistungen der Stadt
- die Wiederherstellung von Generationengerechtigkeit, indem Schulden nicht auf zukünftige Generationen abgewälzt werden
- Bundes- und Landesregierung zur Abschaffung der Schuldenbremse aufzufordern
- Bundes- und Landesregierung zur Umverteilung finanzieller Mittel durch Herstellung einer sozialen Steuergerechtigkeit aufzufordern, um die finanzielle Handlungsmöglichkeit und Selbstverwaltung der Hansestadt Lübeck wiederherzustellen

6.1. Finanzierung

Mit einem Schuldenberg von über 1,5 Milliarden gehört Lübeck zu den am meist verschuldeten Städten Deutschlands. Ohne Hilfe durch Bund und Land kann dieser Schuldenberg, auch durch einen noch so harten Konsolidierungsfonds, nicht abgetragen werden. Der bisherige Sparkurs hat zwar nominell die Schulden gesenkt, aber den Investitionsstau bei der Infrastruktur wieder aufgebaut. Dies ist keine nachhaltige Finanzpolitik. In den Zeiten der Niedrigzinsen muss in die Infrastruktur investiert werden, statt diese auf eine Zeit zu verlagern in der die Zinsen wieder steigen. Ein Kaputtsparen ist nicht nur gegen die Stadt und ihre Menschen gerichtet, sondern auch gegen die Zukunft. Was durch Sparen zerstört wird, rächt sich in der Zukunft. Dies gilt gerade bei Einsparungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Soziales und Kultur. Lübeck hat Potential, durch Modernisierung einzusparen. Der Einsatz von intelligenten Lösungen könnte Energieverbrauch reduzieren. Die vollständige Ausschöpfung von Fördermitteln, die Vermeidung von Ausgaben durch schlecht gestaltete Verträge, und die Steigerung der Einnahmen mithilfe einer Kulturumlage, der sogenannten „Bettensteuer“ sind Mittel, um das bisher nicht abgerufene Potential Lübecks auszuschöpfen. Viele der bisherigen Einsparmaßnahmen, wie das Out-Sourcing in der Lübecker Verwaltung und die anhaltenden Privatisierungen erweisen sich als Kostenbumerang. Eine kritische Sicht auf zukünftige Kostenentwicklungen ist notwendig und eine Abkehr von bisherigen Scheineinsparungen durch Stellenabbau im Personalwesen, die bisher durch teures Einkaufen privater Dienstleistungen aufgefangen werden müssen. Wir wollen eine Finanzpolitik, die nicht mehr ausschließlich danach fragt, wie Projekte, die zur öffentlichen und sozialen Daseinsvorsorge gehören, finanziert werden sollen, sondern in welcher der politische Wille erkennbar ist Lübeck zu einer sozialen, gerechten und barrierefreien Stadt für alle zu machen. Bei einem Haushaltsvolumen von über 750 Millionen Euro (750.000.000€) ist genug Geld vorhanden. Aufgabe der Politik muss es sein für Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung zu sorgen – im Interesse und nach Bedarf der Lübecker*innen.

7.) HOLT EUCH DIE STADT ZURÜCK!

DIE LINKE. Lübeck streitet für eine Stadt, die den Lübecker*innen gehört. Wir kämpfen für ein Mehr an Teilhabe, ein Mehr an Mobilität, ein Mehr an Wohnungsbau. Wir kämpfen für mehr Naherholung, mehr Umwelt. Kurzum: für eine Stadt, die anfassbar, erlebbar, erkundbar und lebendig ist. Für eine Stadt, die ihr buntes Gesicht zeigt, die ihre Vielfalt und ihr historisches Erbe als Stärke versteht. Eine Stadt, die niemanden ausgrenzt, unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben, seiner sexuellen Orientierung, dem Geldbeutel oder anderen scheinbaren Schranken, von denen wir glauben, sie würden uns trennen. Am 6. Mai 2018 haben die Lübeckerinnen und Lübecker die Wahl. Nur eine starke LINKE in der Lübecker Bürgerschaft garantiert eine Stadt, die uns allen gehört. Unsere engagierten ehrenamtlichen Kämpfer*innen für Gerechtigkeit und demokratischen Sozialismus verstehen sich als Verbündete aller Lübecker*innen. Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein weltoffenes Lübeck für alle Menschen. Holt Euch am 06. Mai die Stadt zurück! Für Euch! Für Lübeck!